



**Bezirksregierung
Dezernat 25
Leopoldstr. 15
32756 Detmold**

Servicezeiten bei der Bezirksregierung Detmold:
Nach telefonischer Absprache

Hinweise:

Ihr Antrag wird in einfacher Ausfertigung benötigt.
Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.
Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden aufgrund von § 12 PBefG erhoben. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, sind Beiblätter zu verwenden, die als Anlagen gekennzeichnet sind. Gemäß § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag ferner Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Betriebes ermöglichen.

**Antrag auf Erteilung der Genehmigung für einen Gelegenheitsverkehr
nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)**

1.	Name / Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmens)			
	Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Telefon	Mobil	Telefax	E-Mail
	Rechtsform des Unternehmens:			
	Angaben über den / die Inhaber (bei Handelsgesellschaften ggf. Gesellschafterliste)			
2.	a) Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
	Funktion im Unternehmen:			
	Familienstand	Geburtstag	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
	b) Name (ggf. auch Geburtsname)		Vorname(n)	
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			



7. Als Anlagen sind beizufügen:

- Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 (siehe Anlage 1)
- Fahrzeugaufstellung (siehe Anlage 2)
- Zulassungsbescheinigungen Teil I (Fahrzeugscheine in Kopie) für die Kraftomnibusse, die in der Fahrzeugaufstellung aufgeführt sind
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit
– nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit
– nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Sozialversicherung sofern Sie eigene Beschäftigte haben (auch Minijobs)
– nicht älter als drei Monate
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge
– nicht älter als drei Monate
- Nachweis der fachlichen Eignung für den Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Polizeiliche/s Führungszeugnis/se (Belegart O oder P) für
– den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften für die Gesellschafter)
– den Verkehrsleiter
- Sind Sie im Handelsregister eingetragen? ja nein
Falls ja, Handelsregisterauszug ist beizufügen – nicht älter als drei Monate
- Auskunft aus dem Verkehrszentralregister beim Kraftfahrtbundesamt (Anträge bei der Gemeinde oder im Internet)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (Anträge bei der Gemeinde)
- Arbeitsvertrag bei externem Verkehrsleiter (siehe auch Nr. 3 des Antrags)
- Gewerbeanmeldung bei Ersterteilung
- Bei einem Antrag auf Ersterteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Gesellschafterliste
Gesellschaftsvertrag
Geschäftsführervertrag
- Bei einem Antrag auf Wiedererteilung der Genehmigung durch eine GmbH:
Haben sich Änderungen hinsichtlich der Gesellschafterliste,
des Gesellschaftsvertrags, des Geschäftsführervertrags ergeben? ja nein
Falls ja, die aktuelle Ausfertigung ist beizufügen.

Die Genehmigungsbehörde behält sich die Vorlage weiterer Unterlagen nach § 12 Abs. 3 PBefG vor!

8. Bemerkungen:



9.	Hinweise zum Datenschutz: Die Verwaltungsbehörde ist nach § 54c PBefG in Verbindung mit § 15 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Personenverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen des Personenverkehrs einschließlich Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln. Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Abs. 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlich zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.		
10.	Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass ich die Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen habe. <table border="1" data-bbox="248 669 1399 770"><tr><td data-bbox="248 669 663 770">Ort, Datum</td><td data-bbox="815 669 1399 770">(Unterschrift des Antragstellers)</td></tr></table>	Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)
Ort, Datum	(Unterschrift des Antragstellers)		



**Eigenkapitalbescheinigung
zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit nach Art. 7 Verordnung (EG) Nr. 1071/2009**

Das Unternehmen

verfügt am Stichtag* _____

über folgendes Eigenkapital:

- I. Kapital _____
 - II. Kapitalrücklage _____
 - III. Gewinnrücklagen: _____
 - 1. gesetzliche Rücklagen _____
 - 2. Rücklagen für eigene Anteile _____
 - 3. satzungsgemäße Rücklagen _____
 - 4. andere Gewinnrücklagen _____
 - IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag _____
 - V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag _____
- _____
- Eigenkapital _____

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt. Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich/haben wir uns überzeugt.

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG – oder des Kreditinstitutes)

* Darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 1 Jahr zurückliegen.



Zusatzbescheinigung

für das Unternehmen _____

Dem Eigenkapital, das auf Seite 1 nachgewiesen ist, sind folgende Beträge hinzuzurechnen:

1. Nicht realisierte Reserven im

a) unbeweglichen Anlagevermögen _____

b) beweglichen Anlagevermögen _____

Summe _____

2. Darlehen/Bürgschaften mit Eigenkapitalfunktion

a) _____ Person _____

b) _____ Person _____

c) _____ Person _____

Summe _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten
geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen
befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG –
oder des Kreditinstitutes)



4. Zu Gunsten des Unternehmens beliehene Gegenstände des Privatvermögens der Gesellschafter:

a) Grundstücke	Höhe der Beleihung
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 b) Sicherungsübereignungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
 c) Sicherungsabtretungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____

	Summe _____

Gesamtsumme aus 1. bis 4.:

Die oben aufgeführten Beträge wurden dem Unterzeichner sowohl dem Grunde als auch in der Höhe

nachgewiesen.

plausibel gemacht. Stichtag ist der _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten
geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen
befugten Person oder Gesellschaft – § 3 StBerG –
oder des Kreditinstitutes)



Fahrzeugaufstellung

Lfd. Nr.	Amtliches Kennzeichen	Sitzplätze